

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unser Schriftband bezogen für Deutschland und Oesterreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., einschließlich Salva-Beilage, per Viertel für Deutschland und Oesterreich 30.— M., Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 58-60.

Die achtspaltigen Konversationsblätter über deren Raum kostet 4.— M., einschließlich Leserservice. Kleine Anzeigen: Das fertige Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Leserservice. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fertige Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum Nr. 15230-15238

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Sanktionen vor dem Unterhause

Der Standpunkt der Arbeiterpartei

London, 10. März.

Lloyd George stellte im Unterhause mit, daß die Gehörvorlage betreffend die fünfzigprozentige Abgabe auf deutsche Einfuhrwaren morgen im Unterhause eingebracht werden solle. Es sei sehr wichtig, das Gesetz sobald wie möglich in Kraft treten zu lassen. Je schneller dies geschehe, um so bessere Ergebnisse würden erzielt werden.

Vord Robert Cecil erklärte, England sei verpflichtet, seine Unterstützung unter dem Versailler Vertrag in Ehren zu halten. Änderungen können nur mit der freien und vollen Zustimmung aller Mitunterzeichner des Vertrages erfolgen. Die Zeit für eine Aenderung des Vertrages, wenn überhaupt eine solche stattfinden sollte, sei nach seiner Ansicht noch nicht gekommen.

Sir Edward Carson sagte, es müsse den Alliierten und den Deutschen vollkommen klargemacht werden, daß der Versailler Vertrag bestehen bleiben müsse und nur durch alle Unterzeichner des Vertrages abgeändert werden könne. Der Premierminister und die Regierung hätten bei allem, was bisher erfolgt sei, das gesamte Unterhaus und das ganze Land hinter sich.

Clynes (Arbeiterpartei) erklärte, der letzte Beschluß der Alliierten sei eine Frage der auswärtigen Politik, die an Bedeutung hinter keiner seit Beendigung des Krieges entstandenen Frage zurückstehe. Während man für eine Regelung der Schwierigkeiten mit Deutschland mehr durch ein Uebereinkommen als durch Gewalt eingetreten sei, habe man zu Gewaltmaßnahmen gegriffen, deren Ende nicht abgesehen werden könne.

Die Ansicht der Arbeiterpartei

Es sei, daß keineswegs alle Mittel erschöpft wurden, um eine Lösung auf dem Wege eines Uebereinkommens zu erzielen. Die Arbeiterpartei sei der Ansicht, daß die Anwendung von Sanktionen wahrscheinlich die furchtbaren wirtschaftlichen Schwierigkeiten Englands nur noch erhöhen werde. Nur durch die Wiederherstellung des normalen Handels in Europa könne der Wunsch, Deutschland zahlen zu lassen, verwirklicht werden. Die bisher angewandten Maßnahmen machten Deutschland unfähig zu zahlen, und durch die in der Reparationsfrage von den Alliierten befolgte Politik werde dem Empfänger größerer Schaden zugefügt als dem zahlenden Teil. Unter dem Beifall der Opposition fragte Clynes, wieviel von diesen letzten Beschlüssen auf Rechnung Frankreichs und wie wenig davon auf Rechnung Englands komme. Clynes forderte Aufschluß darüber, weshalb die Regierung keine Schritte getan habe, um einem von den beiden deutschen Vorschlägen auszukommen. Er stimme nicht mit Lloyd George darin überein, daß der Vordbehalt mit Bezug auf Oberschlesien es unmöglich gemacht habe, eine vorläufige Regelung in Betracht zu ziehen. Die gesamte Lage bezüglich Oberschlesiens sei das stärkste Argument zugunsten einer vorläufigen Regelung. Deutschland wolle nicht, was sein Schicksal betreffs seines Gebietes, seiner Bevölkerung und seiner Macht kein werde, und dies sei der stärkste Grund dafür, daß augenblicklich keine drastischen militärischen Maßnahmen getroffen werden dürften. Für die bisherige Regierung seien die Alliierten zum Teil selbst verantwortlich. Hätte Lloyd George nicht warten können, als die Deutschen um eine weitere Woche bat? Das Geld könne niemals durch militärische Maßnahmen eingetrieben werden. Lloyd George habe selbst erklärt, die Welt brauche ein gedeihendes und zufriedenes Deutschland. Würden diese Maßnahmen zur Wohlfahrt und Zufriedenheit führen und nicht vielmehr zu der Gewissheit weiteren wirtschaftlichen Ruins?

Clynes sagte: Wir haben den Krieg bekämpft, um den Krieg ein Ende zu machen, wir bekommen jedoch einen Frieden, der ein weiteres Krieges zur Gewissheit macht. Clynes fragte, ob denn der Völkerverbund so schädlich sei, daß er diese materiellen und

finanziellen Schwierigkeiten zwischen Deutschland und den Alliierten nicht zu behandeln vermöge. Bei einer Frage dieser Art hätte auch Amerika als Schiedsrichter angerufen werden können. Die Verantwortung für die bisherigen Schritte habe jetzt die Regierung zu übernehmen, und er befürchte, nach sechs Monaten werde man bedauernd erklären, daß es unmöglich gewesen sei, das Geld in dieser Weise einzutreiben, und daß sich die militärischen Maßnahmen als wirkungslos erwiesen hätten.

Lloyd George führte aus, die Alliierten hätten sich in der Reparationsfrage nach dem Rat ihrer Sachverständigen gerichtet. Nachdem die alliierten Sachverständigen alles gehört hätten, was die deutschen Sachverständigen zu sagen hatten, seien sie zu dem Schluß gekommen, daß Deutschland zahlen könnte. Es sei wirklich keine übermäßige Forderung, daß Deutschland in den nächsten beiden Jahren hundert Millionen Pfund plus zwölf Prozent seiner Ausfuhr bezahle. Die deutsche Ausfuhr im letzten Jahre, abgesehen davon, was nach Frankreich für Reparationszwecke geschickt wurde, habe 250 Millionen Pfund betragen. Das bedeute, daß Deutschland 130 Millionen Pfund Sterling bezahlen sollte. Lloyd George erklärte mit Bezug auf die Frage, weshalb der zweite deutsche Vorschlag nicht angenommen worden sei, er sei davon abhängig gemacht worden, daß Oberschlesien deutsch bleibe. Für einen Fall wie Oberschlesien sei der 12prozentige Ausfuhrzoll eingeführt. Denn wenn sich der Gebietsumfang Deutschlands vermindere, so gehe auch der Ausfuhrzollbetrag, den Deutschland zahlen müsse, herab. Es handle sich weder um eine englische noch eine französische Regelung, sondern um eine Regelung der Alliierten. Man könne nicht erklären, es handle sich um eine gerechte Forderung an Deutschland, die erzwungen werden müsse, und zugleich, wenn man auf ihrer Erzwungung bestünde, sagen, man bringe Europa in Verwirrung. Eine Schuld kann erzwungen werden. Er wolle sogar noch weiter gehen und sagen, man würde nie zu einer Einigung mit Deutschland gelangen, wenn Deutschland wisse, daß sie unter keinen Bedingungen erzwungen werde. Lloyd George sagte, er wolle kein hartes Wort gebrauchen, das Schwierigkeiten hervorzurufen könne, aber die Deutschen hätten ihre Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung in Deutschland. Sie nähmen nicht die Verantwortung für den Krieg auf sich und glaubten nicht, daß sie für die Verpflichtungen Frankreichs und Belgiens verantwortlich seien.

Mit Bezug auf die Zahlung von 50 Prozent des Wertes eingeführter deutscher Waren an das Schahamt erklärte Lloyd George, wenn die deutsche Regierung es ablehne, die deutschen Lieferanten zu entschädigen, so tue sie dies auf eigene Gefahr, da sie dann riskiere, den deutschen Handel zu verlieren. Wenn Deutschland keine Waren nach alliierten Ländern schicke, wo wolle es sie dann hinschicken? Außerdem sei Deutschland durch den Vertrag verpflichtet, auf Anforderung zu liefern. Daher seien die Alliierten in der Lage, diese besondere Methode, um das Geld einzutreiben, zu erzwängen. Zugleich sei dies, abgesehen von den Strafmaßnahmen, die beste Art, um der Lage zu begegnen, und er glaube nicht, daß sie für die Deutschen selbst unannehmbar sei. Außerdem beständen Alternativen, wie z. B., daß

Arbeiter und Dienste zu Reparationszwecken

in den verwüsteten Gebieten von Deutschland gestellert werden. Dies sei bereits geschehen, und er hoffe, die Alliierten würden es fordern, da er der Ansicht sei, die Deutschen seien bereit, in dieser Hinsicht viel mehr zu tun, wenn sie dazu aufgefordert würden. Außerdem müsse jedoch noch etwas in barem Gelde an England, Frankreich, Belgien und Italien gezahlt werden, und dies wolle man auf dem Wege einer Art von Annullierung des Ausfuhrergebnisses in der einen oder anderen Form erreichen. Seiner Ansicht nach sei die angenommene Methode die praktikabelste. Im vergangenen Jahre seien Waren im Werte von 30 bis 40 Millionen Pfund Sterling von Deutschland nach England eingeführt worden. Wahrscheinlich werde sich der Betrag dieses Jahres auf 50 bis 60 Millionen erhöhen, und davon würden nach Abzug aller Vergütungen ungefähr noch 20 Millionen Pfund übrig bleiben.

Bei Schluß des Klattes spricht Lloyd George nach dem vorliegenden Bericht noch weiter.

Untätigkeit?

Wenn nicht alles trägt, so wird die Beratung im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten mit einer solennen Vertrauenskundgebung für das Ministerium Fehrenbach-Simons enden. Warum auch nicht? Nachdem Hindenburg und Ludendorff den Krieg verloren hatten, wurden sie immer populärer. Warum soll also Dr. Simons, der eine diplomatische Schlacht verloren hat, nicht als nationaler Held gefeiert werden? Und dann, ist es nicht für alle Parteien das bequemste, da die Situation außerordentlich ernst ist, alles beim alten zu lassen? Neue Grundlagen für Verhandlungen zu finden, neue Männer mit ihrer Durchführung zu betrauen, erfordert tatsächlich große Anstrengungen und politische Gedankenarbeit. Ist es nicht viel bequemer und viel populärer, sich mit dem stolzen „Rein“ zu brüsten und sich von den nationalistischen Bogen tragen zu lassen? Für die nächsten 14 Tage oder drei Wochen mag's ja ausreichen.

Es ist dieselbe Politik, die während des Krieges geführt worden ist und uns so herrlich weit gebracht hat. Eine Politik ohne Voraussicht, ohne bestimmten Plan, wie Lebensfräugung, auf das Wunderbare wartend. Unterdessen vertritt kostbare Zeit, die wirtschaftlichen Sanktionen rütten unser Wirtschaftsleben, die Spannungen wachsen. Das Vertrauensvotum für Simons verhält sich nur schlecht völlige Ratlosigkeit.

Die Angriffe, die die Deutschnationalen gegen Dr. Simons gerichtet haben, weil er ihnen mit seinem letzten Angebot an die Entente zu weit gegangen ist, scheinen auch die Rechtssozialisten wieder in die Regierungsfrente einschwenken zu lassen. Der „Vorwärts“ erklärt die Stellung der Regierung für gesichert. Das sei erfreulich, denn eine Regierungskrise könnte heutzutage eine weitere Verschiebung nach rechts zur Folge haben. Das aber könne niemand wünschen. Dabei wird nur die Kleinigkeit übersehen, daß diese Regierung, wie die Dinge sich entwickelt haben, in der auswärtigen Politik eine Rechtspolitik zu treiben gezwungen ist. Dann aber — und das ist doch das Entscheidende — kann es sich jetzt nur darum handeln, die Entscheidung über die Richtlinien zu fällen, die für die Lösung der Krise eingehalten werden müssen. Und glaubt man da wirklich, daß zwischen der Politik, die die Deutsche Volkspartei verfolgt, und der, die die Arbeiterklasse fordern muß, eine Gemeinsamkeit bestehen kann? Und meint man wirklich, daß nach dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen und der Krise das Ministerium Fehrenbach-Simons geeignet ist, eine neue Lösung zu finden?

Als Dr. Breitscheid im Reichstag das Vorgehen Simons scharf kritisierte, war nicht nur die bürgerliche Presse, sondern auch der „Vorwärts“ mit der Kritik höchst unzufrieden. Und der „Vorwärts“ solidarisierte sich sogar mit der Verteidigung Simons durch den Volkspartei-ler Stresemann. Gegen ähnlich lautende Bemerkungen bürgerlicher Provinzialblätter schrieb damals der rechtssozialistische Abgeordnete Keil in der „Schwäbischen Tagwacht“:

Diese immer gut instruierten Werkzeuge enstirniger Dirigenten leben noch in der Zeit des Kriegesprekams seligen Angebendens und empfinden auch heute noch nicht, wie die kommandierte und wie eine Kompagnie Rekruten ausgerichtete öffentliche Meinung dazu beigetragen hat, uns ins Verderben zu führen. Von der demokratischen „Frankfurter Zeitung“ kann sich das „Neue Tagblatt“ darüber belehren lassen, daß die Rücksicht auf einen Minister forgesetztes Schweigen nicht rechtfertigen kann, wenn lebenswichtige Interessen der deutschen Nation unrichtig und in gefährdender Weise vertreten worden sind.

Und er fügte daran folgende Kritik:

Es war ein Fehler, daß vom ersten Moment der Vorbereitung auf die Londoner Konferenz der Reichsminister Fehrenbach dem Außenminister Dr. Simons unbeschränkte Vollmacht erteilte. Es war ein Fehler, daß Simons sich auf seiner süddeutschen Reise von rechtsgerichteten, zum großen Teil auch rechts vom Reichskabinett stehenden prominenten Persönlichkeiten umgeben ließ. Es war ein Fehler, daß Dr. Simons sein Sachverständigenkollegium wochenlang über die eigenen Meinungsverschiedenheiten streiten ließ, ohne daß es zu den festformulierten Vorschlägen kam, die es machen sollte. Es war ein Fehler, daß sich unter diesen Sachverständigen Männer befanden, denen der Bruch erwünscht ist als die Verständigung. Es war ein Fehler, daß die deutschen Gegenvorschläge im letzten Augenblick nach rein juristischen Gesichtspunkten ohne politische und psychologische Einstellung im Auswärtigen Amt formuliert und vom Reichskabinett zwischen Tür und Angel beschloffen wurden. Es war ein Fehler, daß man den Reichstag dabei nicht zu Rate zog. Es war ein Fehler, daß nur die Staatssekretäre des alten Regimes und kein Minister Herr Dr. Simons nach London begleiteten. Es war ein Fehler, daß die deutschen Gegenvorschläge noch auf der Reise nach London geändert und in eine Form gebracht wurden, die die öffentliche Meinung der Welt ignorierte. Es war ein Fehler, daß diese Gegenvorschläge sehr erheblich von der Realität auf die deutschen Nationaldemokratie und nicht lediglich von der Sorge um Deutschlands Zukunft diktiert waren. Es war ein Fehler, daß man das deutsche Angebot in der Form viel kleiner erschienen ließ, als es seinem inneren Werte nach ist. Es war ein Fehler, daß überschüssige Zinsberechnungstricks angewendet wurden, die in London Millionen

Das Proletariat gegen Interventionen

Die französischen Arbeiter für den Frieden

Paris, 11. März.

Der Verwaltungsrat der C. G. T. hat gestern abend eine Erklärung angenommen, in der gesagt wird, daß die arbeitenden Kreise Frankreichs keine anderen Maßnahmen ins Auge fassen können, als ein Abkommen zwischen deutschen und französischen Arbeitern über die gemeinsame Wiederherstellung der Kriegsrüinen. Die C. G. T. mißbilligt die Anwendung von Gewalt. Die neuen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich sind die Bedrohung des Friedens zwischen den Völkern. Der Verwaltungsrat hat ein Manifest ausgearbeitet, in dem in energischer Weise dagegen protestiert wird, daß die interalliierte Kommission im schlesischen Abstimmungsgebiet, Gewerkschaftern die Pässe verweigert hat.

Rundgebung der tschechischen Sozialdemokratie

TU. Prag, 11. März.

Das Exekutivkomitee der tschechischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Abgeordnetenklub im Hinblick auf die verbreiteten Gerüchte über eine eventuelle Mobilisierung folgende Rundgebung beschlossen:

Wir verharren auf dem von Beginn unserer staatlichen Selbständigkeit an eingenommenen Standpunkt, daß die auswärtige Politik unserer Republik friedliebend sein müsse, daß wir zu keinem Einschreiten zu Angriffen oder Interventionen unserer Zustimmung geben, daß aber das tschechoslowakische Proletariat die Republik verteidigen würde, falls sie angegriffen werden sollte.

Beschlüsse der deutsch-böhmischen Sozialdemokraten

TU. Prag, 11. März.

Der Klubvorstand der deutsch-sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren, hielt gestern eine Beratung ab über die Fragen der äußeren Politik und besonders der Rückwirkung der Londoner Beschlüsse auf die tschechoslowakische Republik. Die Debatte gipfelte in dem Beschluß, daß alles daran gesetzt werden müsse, um jedes Einschleichen der tschechoslowakischen Republik in den Konflikt zu vermeiden und gegen alle Maßnahmen energisch Front zu machen, die auf eine Mobilisierung oder sogar Hilfeleistung für die Entente hinauslaufen könnten. Die Arbeiterpartei werde sich nach den schrecklichen Leiden des Weltkrieges auf keinen Fall in einen neuen Krieg als Schlachtopfer hineinziehen lassen. Der Klubvorstand beschloß, daß von diesem Beschluß die Regierung ungehört in Kenntnis gesetzt werde.

erwachen mußten. Es war ein Fehler, daß die Frage der Ausfuhr-
abgaben, die in der vom Kabinett beschlossenen Formulierung be-
handelt war, in London von Simons übergeben wurde. Und
es war ein großer Fehler, daß Dr. Simons in London den Ton
nicht fand, der der öffentlichen Meinung der Welt angepaßt war.
Jetzt ist das alles vergessen. Herr Simons bleibt trotz
aller Fehler der Leiter der auswärtigen Politik. Und das
bedeutet eine kaum tragbare Belastung dieser Politik. Wir
lehnen jedenfalls dafür jede Verantwortung ab und halten es für einen Schaden für die Arbeiter-
bewegung, daß die Rechtssozialisten ihrerseits einen Teil
dieser Verantwortung mit übernehmen und damit zugleich
einen Teil der Arbeiterklasse für eine Politik engagieren,
die jedenfalls mit sozialistischer Außenpolitik nicht das
geringste zu tun hat.

Die Verhandlungen vor dem Auswärtigen Ausschuss

Trotzdem die gestrigen Verhandlungen vor dem Auswärtigen
Ausschuss des Reichstages vertraulich waren, sind mehrere bürger-
liche Blätter in der Lage, Einzelheiten daraus zu berichten. Wir
hören, daß die Herren Helfferich und Stresemann Kritik
an dem Verhalten des Ministers Simons geübt haben, sie seien
darin aber sehr zurückhaltend gewesen. Helfferich habe nachge-
wiesen, daß Deutschland gar nicht in der Lage sei, 3 Milliarden
jährlich zu zahlen, die der Minister angeboten hätte. Der Demo-
krat Schiffer habe warme Verteidigungsworte für Dr. Simons
gefunden. Es haben dann noch Spahn vom Zentrum, Her-
mann Müller von den Rechtssozialisten und unser Genosse
Ledebour gesprochen. Allgemein sei aufgefallen, daß auch Herr
Stinnes an den Verhandlungen des Ausschusses teilgenommen
habe. Man habe den Eindruck, so berichtet der „Volkswagen“,
daß sich die Stimmung der Parteien gegenüber dem Minister zu
seinen Gunsten geändert habe. Trotzdem man an seiner Haltung
im einzelnen Kritik üben könne, so sei er doch der erste gewesen,
der den Ministern ein Nein zugerufen habe. Zu seiner Recht-
fertigung werde angeführt, daß er von den zuständigen Beamten
des Auswärtigen Amtes nicht ausreichend unterrichtet worden
sei. Die Sachverständigen führen allerdings Beschwerde darüber,
daß Simons ihren Vorbehalt, daß Deutschland bei Annahme des
Provisoriums außer der Zahlung der drei Milliarden Goldmark
jährlich, bis 1928 keine andere Leistung übernehmen dürfe, in
London nicht erwähnt habe.

Das „Berliner Tageblatt“ will auf Grund authentischer Infor-
mationen wissen, daß die Regierung vorläufig nichts
unternehmen werde. Das deutsche Volk müsse ausharren,
bis die ruhige Überlegung in den alliierten Ländern wieder die
Oberhand gewinne. Von Vorbereitungen für eine neue Ver-
handlungsbasis könne keine Rede sein. Allerdings
werde die Abstimmung in Oberösterreich die ferneren deutschen
Entscheidungen maßgebend beeinflussen. Das Blatt teilt weiter
mit, daß auch das letzte Angebot an die Alliierten die nachträg-
liche Billigung des Berliner Kabinetts gefunden habe. Bei der
endgültigen Fassung der deutschen Gegenvorschläge sei der engere
Sachverständigenausschuss gehört worden, ein Mehrheitsbeschluß
konnte allerdings nicht erzielt werden, so daß das Kabinett schließ-
lich die Entscheidung fällen mußte. Der große Sachverständigen-
ausschuss sei lediglich mit der Ausarbeitung der Denkschrift über
Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit befaßt worden.

In der heutigen Sitzung des Ausschusses sollen Hans-
mann von den Demokraten, Stinnes, Graf Westarp und
unser Genosse Breitscheid reden. Nach dem bisherigen Ver-
lauf der Debatte scheinen die Rechtsparteien nicht die Absicht zu
haben, gegen Simons vorzugehen. Sie scheinen anerkennen zu
wollen, daß der Minister sich wegen der gegen ihn gerichteten
Vorwürfe habe rechtfertigen können.

Der ausgesperrte Kerkhoff

Trotz der schweren Beschuldigungen gegen diesen ehrenwerten
deutschnationalen Abgeordneten, stößt er täglich wie ein
Godehahn im Reichstage umher. Er nimmt auch an seinen
Sitzungen teil und stellt sich herausfordernd vor die Redner-
tribüne, anscheinend in der Absicht, zu dokumentieren, daß seine —
Dreißigkeit nicht minder groß ist, wie seine „Achtung“ vor den

Steuergesetzen. Als er am Donnerstag aber wiederum auf den
Bänken seiner Fraktion Platz nehmen wollte, widersprachen, wie
der „Vorwärts“ mitteilt, einige deutschnationale Abgeordnete so
energisch, die das politische Reinklarierungsbedürfnis noch nicht ganz
verloren haben, daß sich von den Kerkhoff in die Wandelhalle
zurückzog.

Dort wird er aber sichtlich noch lange eine täglich zu beob-
achtende Erscheinung sein, denn das Reinklarierungsbedürfnis einiger
deutschnationaler Abgeordneter erstreckt sich anscheinend nicht
auf die ganze Fraktion und insbesondere nicht auf ihre
geistigen Führer, die Herren Helfferich, Hergt, Westarp,
Gräfe usw. Die Fraktion hat zwar neulich angekündigt, daß sie den
dringenden Wunsch nach reinklarer Klärung der Steuerangelegen-
heit ihres Mitgliedes Kerkhoff habe und nichts sehnlicher er-
strebte, als die Aufhebung der Immunität Kerkhoffs. Aber leider,
leider, dieser Antrag des Staatsanwalts kommt nicht, aber
ebensowenig der Antrag der deutschnationalen Fraktion, die
Aufhebung des im Juni vorigen Jahres auf ihre Anregung ge-
faßten Beschlusses über die Einstellung des Verfahrens gegen
Kerkhoff.

Wir sind selbstverständlich davon überzeugt, daß das nur Zu-
fall und Unkenntnis ist und gar nichts zu tun hat mit
den zu beobachtenden Gemüthungen Kerkhoffs, die Aufhebung
seiner Immunität zu erschweren. Denn die Deutschnationalen sind
nach wie vor die rücksichtslosesten Bekämpfer der Korruption —
bei den anderen.

Von Hergt bis Scheidemann

Die Haltung der Rechtssozialisten zu den außenpolitischen Fra-
gen ähnelt gegenwärtig in vielem der der bürgerlichen Parteien.
Sobald die nationalen Töne angerührt werden, fühlen sich eben
die Rechtssozialisten in die Stimmung versetzt, in der sie sich wäh-
rend des ganzen Krieges befunden haben. Die Einheits-
front mit den Bürgerlichen erscheint ihnen in solchen
Augenblicken wiederum als notwendig. So haben jetzt die rechts-
sozialistischen Reichstagsabgeordneten des besetz-
ten Gebietes gemeinsam mit den bürgerlichen
Abgeordneten einen Aufruf erlassen, dessen Schlüs-
sätze lauten:

„Eure schöne Heimat, die Perle der deutschen Länder, ist in
Gefahr! Das Vaterland kann sie nicht schützen, Ihr allein
kann sie retten. Was auch kommen mag, wahr! Euer Deutsch-
tum, haltet fest am Reich! Keine Macht der Erde ist stark ge-
nug, Euch gegen Euren Willen von Deutschland loszureißen.
Vor allem: seid einig! Schließt Eure Reihen! Was immer
auch kommen mag! — reißt Euch die Hände zu dem einen ein-
mütigen Gelübde: Komme, was kommen mag, wir bleiben
deutsch.“

Rheinländer! Rheinhesen! Pfälzer! Die Augen der ganzen
Welt sind auf Euch gerichtet. Zeigt ihr, daß deutsche Treue kein
leeres Wort ist, daß Ihr eher alles ertragt, als daß Ihr
Deutschland jemals die Treue brähet. Haltet treue Wacht am
deutschen Rhein! Das Vaterland vertraut auf Euch!“

Nach Bayern also auch hier Herstellung der Einheitsfront mit
dem Bürgertum und Verschweigung der Gegensätze, die auch jetzt
zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und denen der Bour-
geoisie stehen, und die in der Haltung der Stinnesleute so deutlich
zum Ausdruck kommt.

Der große Menschenkenner

Bei der Beratung des Wehrgesetzes im Ausschuss des
Reichstages ist wiederholt der Schatten Roskes heraufbe-
schworen worden. Dabei erwies sich, daß die Rechtssozialisten
auch heute noch ihren Roske bedenken. Bei der Beratung am
Dienstag gab Genosse Rosenfeld als Vorsitzender des
Ausschusses Kenntnis von einem Schreiben des Reichswirt-
schaftsverbandes deutscher Berufssoldaten, in dem nochmals
unter Bezugnahme auf die Erklärung Roskes der Behauptung
des Reichswehrministers entgegengetreten wird, nach
der der Verband beim Rapp-Rußch nicht republikanisch zu-
verlässig gewesen sei. Es entspann sich nun folgende Debatte:

Abg. Schöpflin (Soz.): Wenn der frühere Reichswehr-
minister Roske dem Verein bestätigt, daß er verfassungstreu ge-
wesen sei, dann beweist das genug. Bei der Menschen-
kenntnis Roskes ist ein Irrtum ausgeschlossen.

Dr. Rosenfeld (U. S.): Roske ist der letzte, dessen Erklärung
über die Verfassungstreue eines Verbandes auf uns auch nur
den geringsten Eindruck machen kann. Wir haben
auch seine Menschenkenntnis kennengelernt; niemand hat sich von
jemandem mehr einlassen lassen als Roske von seinen Offizieren.

Abg. Schöpflin (Soz.): Das ist nicht richtig. Auch mir hat
General Wittich wiederholt versichert, daß er fest zur Republik
stehe, und ich habe mir gesagt, das ist ein Mann, der offen seine
Überzeugung ausspricht.

Dr. Rosenfeld (U. S.): Diese Erklärung beweist nicht, daß
Roske Menschenkenner ist, sondern daß Herr Schöpflin
ebensowenig Menschenkenntnis besitzt wie Herr
Roske.

Ob der Reichswirtschaftsverband der Berufssoldaten wäh-
rend des Rapp-Rußches energisch genug den republikanischen
Standpunkt vertreten hat, wollen wir bei dieser Gelegen-
heit nicht untersuchen. Tatsache ist jedenfalls, daß Roske
weder Menschenkenntnis noch politischen Instinkt besitzt.
Denn er hat sich durch die schönen Lügen seiner Offiziere so
lange betrogen lassen, bis er bei Nacht und Nebel vor
ihnen ausreißer mußte. Schöpflin ist der gleiche politische
und militärische Stratege. Weil ihm ein Lüttich versichert
hat, er stehe treu zur Republik, sagte sich Schöpflin: Das ist
der Mann, dem wir vertrauen können! Wer derartigen
naiven Auffassungen huldigt, kann nicht den Anspruch er-
heben, ein ernsthafter Politiker zu sein. Bekämen derartige
„Menschenkenner“ heute wieder maßgebenden Einfluß auf
die Armee, dann würde der neue Rußch nicht allzulange auf
sich warten lassen.

Sibirien von deutschen Kriegsgefangenen geräumt

Am 2. März hat der Dampfer „Gujarat“ mit 523 reichs-
deutschen Kriegsgefangenen Wladiwostok ver-
lassen. Er fährt über Schanghai, Sabang, Colombo, Port
Said nach Triest, wo er in den ersten Apriltagen eintreffen wird.
Von Triest aus werden die Heimkehrer auf dem Landwege nach
Lechfeld in Bayern übergeführt und nach zwei- bis drei-
tägigem Aufenthalt in diesem Lager in die Heimat entlassen.
Mit der Rückkehr dieser Gefangenen ist ganz Sibirien bis
auf einzelne Verpöngte von deutschen Kriegsgefangenen ge-
räumt und die Aufgabe des deutschen Bevollmächtigten in
Wladiwostok, Herrn Guitas Gerber, damit restlos erfüllt. Die
Deutsche Kommission kehrt im Laufe des März gleichfalls nach
Deutschland zurück.

Einstellung der russisch-polnischen Friedenskonferenz. Wie der
„Times“ aus Riga gemeldet wird, hat die russisch-polnische Frie-
denskonferenz ihre gesamte Tätigkeit eingestellt. Die
Russen geben amtlich als Grund dafür an, daß Roske erkrankt
sei. Alle Kommissionen der Konferenz haben gleichfalls die Ar-
beit eingestellt.

Aus der Partei

Reichskonferenz der U.S.P.D.

Auf Beschluß des Zentralkomitees findet am Sonntag, den
20. und Montag, den 21. März 1921, vormittags
10 Uhr, eine Reichskonferenz der Unabhängigen Sozial-
demokratischen Partei in Berlin im Reichstage statt.

Eingeladen sind die Reichstagsfraktion, Vertreter der Landtags-
fraktionen, Vertreter der Kreisleitungen resp. Sekretäre, Redak-
toren der Parteizeitungen, Zentralkomitee, Beirat und Kontroll-
kommission.

Vorläufige Tagesordnung:

1. Die politische Situation (Referent: Hilsenberg);
2. Die internationale Arbeitgemeinschaft sozialistischer Parteien
(Referent: Crispian);
3. Organisation, Agitation (Referent: Ludwig);
- 3a. Statutenentwurf (Referent: Dittmann);
4. Landespolitik (Referent: Dipinski);
5. Die Steuerpolitik in den Ländern und Gemeinden (Referent:
Heate).

Das Zentralkomitee der U.S.P.D.
J. A. Crispian.

Cosi fan tutte

(So machen's alle)

Mozarts Auserkennung in der Staatsoper

Nach dem üblichen Schaurahmen ist eine verkleinerte, erhöhte
Renaissance-Bühne herausgeschritten. Durch diese geistvolle In-
szenierungsidee Ludwig Hertz verdichtet sich die Intimität
der Stimmung, und die Bühnenvorgänge werden zum marionetten-
haften Spiel. Die Realität der Szenenverteilungen bildet kein
Regieproblem mehr; denn je selbstverständlicher die größten Zu-
sammenhänge und Unmöglichkeiten aufeinander prasseln, desto reiz-
voller kommt die Pointe des Drum und Dran (die nur erdumme
Kestheten in dem hohlen Kern der Handlung suchen konnten) zur
erkundenden Auswirkung. Offenstündlich schmunzelt die dezente
satirische Absicht aus der Symmetrie der figurlichen Bewegungen
und Gruppierungen, die auch auf die Bühnendekoration übergreift.
In der heimlichen Ausstattung Bernhard Pantols, die voll
Farbenreichtum und aparten Nuancen das Auge fesselt, ist eine
ungewöhnliche Sinnlebensfähigkeit durch die Verwebung renais-
sancistischer Stilistik mit modern barocken Elementen erzielt.

Wie ein Strahlenmeer breitet sich über das Ganze unermesslich
die Melodieflut und Klanggefälligkeit Mozartscher Inspiration.
Bis zum heutigen Tage hat sich das Werk nirgends in der Repertoi-
re behauptet, obwohl es, im Zenit seiner Erfüllung, geschaffen,
musikalisch eine Apotheose reinster Lebensfreude und
lichtester Schönheit darstellt. Welch ein läppiger Singstrom klingt
aus den einzelnen Ensemblesätzen auf (dem bezaubernden Tru-
quintett), was für ein Leuchten, Funkeln und Schwellen löst sich
aus den melodisch harmonischen Zueinanderbewegungen des Or-
chesters. In berufenster Hingabe kristallisierte Leo Blech aus
der Partitur die äußersten dynamischen und Klanglichen Werte.
Die Staatskapelle vollbrachte im Banne edelster Silempfindung
Unübertreffliches. Leider erwuchs in der Bühnenbesetzung kein
einheitliches Äquivalent. Desider Zador beherrscht den
tänzelnden Ton, die Deutlichkeit des hingehauchten Wortes, das
innerliche Lächeln Mozartscher Wesenheit, und auch Vera
Schwarz assimilierte sich als behedendes Kammermitglied der
schwebenden bewegten Linie bis zu dem gewissen Grad ihres be-
grenzten Könnens. Dagegen erblühte aus dem Quartett der
beiden Schwestern und Liebhaber nur wenig Gemütsbefriedigendes.
Alexandere Kirchner und Benno Ziegler, die vieles
im Ausdruck durch Pathos und Forcierungen zu erzwingen suchten,
verfügen nicht über den strömenden Dem, den Mozartsche Melodie
erfordert, und ebensowenig sind ihre Partnerinnen Elise von
Catapoi-Batteux und Emmy Hedmann-Betten-
dorf Mozartsängerinnen, denen ungedämmte, unmittelbare Inter-
vallerquickung von den Lippen mußte.

Wenn es noch schmerzempfindliche Herzen in unserer Volks gibt,
dann lebt die Oper im Spielplan; denn aus ihr schäumt unend-
liche, weltbejahende Lust. J. J. Windisch

Nachmal: Die „Schwarze“ Schmach. Ein alter Genosse schreibt
uns: Der in Nr. 106 der „Freiheit“ erschienene Artikel über die
„Schwarze“ Schmach hat ernste Aufmerksamkeit beim Proletariat
gefunden. Empörung löst es in den arbeitenden Massen aus, daß
gerade diejenigen Kreise, die ungeheure moralische Schuld wäh-
rend des Krieges auf sich geladen haben, als scheinbare Beauf-
tragte der Nation die „Schwarze“ Schmach propagandistisch aus-
werten trachten.

Ungezählten arbeitenden Männern brennt noch heute die
„weiße“ Schmach im Gehirn, die während des Krieges ihren
Frauen und Kindern von Angehörigen der deutschen besetzen-
den Klasse angetan worden ist, von dem Treiben der „Weißen“
zunutzen versuchen.

Ich erinnere mich noch heute, im Jahre 1919 eines Tages in
meiner Belegschaft ein 19jähriges, seelisch vollkommen gebrochenes
Mädchen erbeutet zu haben, das von einem Neuzuzüger
Gutsbesitzer D. U., der damals als Sergeant der Kraft-
fabrikabteilung Schöneberg mehr „Urlaub“ als Dienst hatte, nach
altem Regeln der Grünnungslosigkeit eines begüterten Wüstlings
um seine Zukunft betrogen worden ist.

Dieser Mann lernte das 18jährige, damals schon gemütkranke
Kind, an der Haltestelle der Straßenbahn kennen und führte die
von einer Feiler in etwas angehellter Stimmung Kommende in
sein Logis, wo er sie vergewaltigte.

Und dieser Gutsbesitzer, der verheiratet war, verstand es, das
seelisch vollkommen gebrochene Mädchen noch monatelang zu miß-
brauchen, da er es durch Eheversprechen und seelische Bedrückung
sich weiter gefügig zu machen verstand.

Proletariat, seht Euch die Leute an, die über die „Schwarze“
Schmach weitem. Vergeht niemals, was die Angehörigen Eures
eigenen Volkes Euch, Euren Frauen und Töchtern für Schande
antaten. Vergeht nie, daß zwischen Euch und diesen Wüstlingen
keine Brücke geschlagen werden kann, daß Ihr nichts von dem auf
Euch gehäuften Jammer vergessen dürft, auch nicht durch den
Rummel von der „Schwarzen“ Schmach. F. W.

Sklavereirecht im Altertum. Wenn man heute von klassischer
Abhängigkeit und „Versklavung“ spricht, so verbindet man damit
den Begriff der absoluten Rechtslosigkeit. Man findet auch öfters
die Meinung vertreten, daß der Sklave des Altertums seinem
Herrn aus Gnade und Ungnade ergeben war. Das stimmt aber
durchaus nicht mit den historisch überlieferten Tatsachen überein.
Das Verhältnis des Sklaven zu seinem Herrn als Arbeitgeber
war besonders bei den Israeliten viel sozialer, als man all-
gemein weiß.

Um dies Verhältnis richtig zu würdigen, muß man sich vor
allem vergegenwärtigen, wodurch der freie Mensch über-
haupt in Sklaverei geriet. Oft durch eigene Schuld,
Verlust, Prozeßsucht, Unredlichkeit usw., nicht selten aber auch
durch ein widriges Geschick, verlor er sein Ackerland und stand so
in einem Lande, in dem Handel und Gewerbe noch in den Kin-
derschuhen steckten, erloschen und mittellos da. So blieb ihm denn
kein anderer Weg übrig, als zu einem begüterten Ackerbürger in
Dienst zu treten oder sich als Sklave zu verkaufen. Viele zogen
den letzteren Weg vor, weil sie dann für eine gewisse Spanne Zeit
aller Sorgen entbunden waren. Aber auch auf Grund
eines gerichtlichen Urteils konnte ein freier Mann zum
Sklaven werden. Der Fall trat meist bei Diebstahl und Unter-
schlagung ein, wenn der Vergehens Ueberrührte nicht soziale
Mittel besaß, um den Bestohlenen angemessen zu entschädigen.
Dann verkaufte das Gericht den Verurteilten als Sklaven und
verwendete den Erlös zur Schadloshaltung des Geschädigten.
Einen etwaigen Ueberfluß nach Abzug der Prozeßkosten bekam
der zum Sklaven Gewordene herausgezahlt. Wenn nun auch
durch freien Willen oder Gerichtsurteil der bis dahin freie Mann
zum Sklaven geworden war, so war der Sklavensklaver doch
keineswegs Herr über Leben und Tod des Sklaven. Im Gegen-
teil. Ganz bestimmte und auch streng durchgeführte Rechts-
grundsätze regelten das Verhältnis des Herrn zum Sklaven.
Er durfte der Herr den Sklaven bei begründeter Ursache mäßig
zuchtigen, aber Ueberkreitung des Zuchtungsrechts war ihm
verboten. Bei dauernder Mißhandlung war er gehalten, ihn
freizulassen, und schwere Strafe traf ihn, wenn der Sklave infolge
erlittener Mißhandlung starb. Eine ganz neuzeitlich anmutende
Bestimmung verlangte sogar die genaue Regelung der Arbeits-
zeit. Ohne vorherige Bestimmung der Dauer der Arbeitszeit
durfte kein Sklavensvertrag abgeschlossen werden, wobei eine ge-
wisse Arbeitsruhe vorgeschrieben war. Der Sklave mußte ganz
genau wissen, wann er seinen Felerabend hatte, denn nichts
ermüdet so sehr, als wenn man den Eintritt des Zeitpunktes der
Ruhe nicht kennt. Nicht nur dem Herrn, auch der Außenwelt
gegenüber war der Sklave durchaus nicht vogelfrei.

Das teilmündige Recht hatte für das einem Sklaven zu-
gefügte Unrecht die gleichen Strafen festgesetzt, wie bei einem
freien Manne. Wenn jemand einen fremden Sklaven beleidigte
oder tötlich angriff, so wurde er nicht anders bestraft, als wenn er
es irgendeinem anderen Bürger des Staates gegenüber begangen
hätte. Auf vorläufige Fällung eines Sklaven stand die
Todesstrafe und auf schlüssige die Verbannung nach einer
Hoffstadt. Andererseits hatten auch die Sklaven, wenn sie sich
irgendwelche Vergehen zuschulden kommen ließen, keine
schwereren Strafen zu gewärtigen, als die freien Bürger.
Sie standen beide unter einem gleichen Strafrecht. Klaffen-
gerecht war also selbst gegenüber dem Unfreien eine unbekannt
Sache! Von ganz besonderer Wichtigkeit in Bezug auf das Ver-

Gegen Krieg und Völkerverheerung

Demonstriert die Berliner Arbeiterschaft am Sonntag in den Versammlungen der USP und im Lustgarten

Der Kampf um Petersburg

Das „Berliner Tageblatt“ behauptet, aus zuverlässiger Quelle zu wissen, daß nach Nachrichten aus Wiborg, in der Lage um Petersburg insofern eine Wendung eingetreten sei, als Verhandlungen zwischen den Bolschewisten und den Aufständischen eingeleitet sind. Andere Meldungen behaupten, daß diese Verhandlungen den Eintritt von einigen Sozialrevolutionären in die Räteregierung betreffen. Es liegen bisher keine zuverlässigen Nachrichten vor, die diese Meldungen bestätigen.

Kopenhagen, 11. März.

„Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Am 12. März, morgens, läuft das Ultimatum ab, das Kronstadt Petersburg gestellt hat. Ein Flüchtling aus Petersburg behauptet, gute Quelle zu wissen, daß Twer in die Hände der Revolutionären gefallen ist. Die Räteregierung hatte zu verlässigen Truppen, die sich in der Stadt befanden, nach Petersburg entsandt, um am Kampfe gegen Kronstadt teilzunehmen. Sobald die Truppen die Stadt verlassen hatten, setzten sich die Gegenrevolutionäre mit Leichtigkeit in den Besitz der Stadt.

Kopenhagen, 11. März.

Die Bolschewisten haben die Unruhen von Krasnaja Gorka unterdrückt und sind wieder Herr der Stadt. Trotzli soll sich in der Stadt befinden. In Nebenvergebliden Angriffen auf Kronstadt haben die Bolschewisten 700 Tote verloren.

Ausführung des Friedensvertrages

Verteilung des deutschen Eisenbahnmaterials und Holzlieferungen

Paris, 10. März.

Die Vorkonferenz trat heute zu einer Sitzung zusammen und sah die Beschlüsse über die Verteilung des deutschen Eisenbahnmaterials. Sie billigte gewisse Entscheidungen, die von einer in Berlin anwesenden Kommission zur Verteilung dieses Materials getroffen wurden.

Die Entschädigungskommission teilt mit, daß die deutsche Regierung sich bereit erklärt habe, monatlich 24 000 Kubikmeter Holz und zwar Kiefern- und geschältes Holz an Frankreich, Belgien und Italien zu liefern. Am 15. Februar hatte die Kommission den Preis für die kommenden vier Monate festgesetzt. Die Papiermark wurde dabei mit 25 Centimes, der Lire mit 46 Pfennigen berechnet. Die Kommission verständigte die deutsche Regierung, daß sie das Recht des Einspruchs habe, daß aber dadurch die Lieferung des Holzes keinen Aufschub erleiden dürfte.

Die Besetzung der Rheingebiete

Neue Verordnungen

U. Düsseldorf, 11. März.

Hier wurde gestern eine Verordnung der Besatzungsbehörde erlassen, wonach jeder Person, die öffentlich etwas feilbietet, verboten wird, den Besatzungsbehörden Waren zu einem höheren Preise zu verkaufen, als ihn Einzelhändler zu zahlen haben. Alle Personen, deren Worte und Verhalten einen beleidigenden Charakter gegenüber den Mitgliedern der alliierten Besatzungsarmee oder gegenüber Fahnen zeigen, würden bestraft werden. Unterlag wird, auf öffentlichen oder privaten Gebäuden oder an öffentlichen Orten nationale Fahnen oder andere Fahnen zu hissen oder nationale Farben zu zeigen.

Verhältnis des Herrn zum Sklaven ist im übrigen die Tatsache, daß der Herr stets nur „auf Zeit“ geschloffen werden konnte. Derjenige Sklave, der sich aus freiem Antriebe verlor, weil er in seinen Vermögensverhältnissen heruntergekommen war, konnte sich, wenn sich keine Verhältnisse besserten, jederzeit wieder loskaufen. Wegen Erlegung des Kaufgeldes war er wieder frei. Sehr häufig trat der Fall ein, daß Verwandte des in Vermögensverfall geratenen die Kaufsumme zusammenlegten, um ihren Angehörigen von der Sklaverei zu befreien. Aber selbst wenn sich niemand fand, den Ankauf einzulösen, so leuchtete ihm dennoch spätestens nach Ablauf von sechs Jahren das Morgenrot der Freiheit. Mit dem Beginn des siebenten Jahres war er ein freier Mann, auch ohne daß das Kaufgeld bezahlt wurde. Wenn er wollte, konnte er natürlich weiter Sklavendienste verrichten, und viele machten auch davon Gebrauch. Sie zogen die gesicherte Versorgung als Sklave der unsicheren Existenz des „freien“ Arbeiters vor. Sie blieben oft lebenslanglich Sklaven aus freiem Willen.

Eigenartige Gemeinschaftsbühnen. Wie die „Volkshöhle“ in ihrem neuen Heft mitteilt (Verlag in Berlin C 25, Bezugspreis halbjährlich nur 3 M.), entstand in München neben der „Volkshöhle“ und der vom christlich-deutschen Bühnenvolksbund ins Leben gerufenen „Theatergemeinde“, die beide, obgleich stark an Mitglieder, noch nicht über eigene Theater verfügen, in den Revolutionswochen des Jahres 1918 noch ein eigenartiges anderes Theaterunternehmen mit dem Ziel, besonders die Arbeiterschaft enger am Theater zu interessieren: die „Neue Bühne“, die sich ein kleines Saaltheater sicherte und in dem mit einem fast ganz aus talentierten Anfängern zusammengesetzten Ensemble Vorstellungen von künstlerischem Wert veranstaltete. Träger des Theaters ist eine Genossenschaft, deren Anteil zu einem Wert von 20 M. haben. Eine Verpflichtung der Mitglieder zum Besuch bestimmter Vorstellungen besteht nicht. Das Theater ist jedermann zugänglich, die Mitglieder der Genossenschaft zahlen aber wesentlich ermäßigte Preise. Ueberschüsse, die von der Genossenschaft erzielt werden, werden für Kaufausstattungen oder auch zur Aufbesserung der Gagen der Schauspieler benutzt.

Die Gründung eines Theaterunternehmens auf der Basis einer Genossenschaft der „Konsumenten“ ist auch sonst schon versucht worden, so beispielsweise von der Königsberger Volkshöhle. Neu und eigenartig ist aber die folgende Einrichtung der „Neuen Bühne“ in München. Um die Genossenschaftsmitglieder, gleich den darstellenden Künstlern, zu wirklichen Angehörigen und Mitgliedern des Theaters zu machen, ist die Einrichtung getroffen, daß diese außerhalb ihrer Berufsarbeit in dienstlichen Stunden zur Besorgung des gesamten (übrigens musterhaft funktionierenden) technischen Apparates herangezogen werden. Kaufleute unter ihnen sind im Bureau tätig, Handwerker als Bühnenarbeiter, so wohl zur Herstellung wie für die Aufstellung der Dekorationsmalerei jedes Stück wird eine besondere „Schicht“ von Theaterarbeitern aus den Genossenschaftsarbeitern zusammengestellt, die

London, 10. März.

„Danl News“ veröffentlicht ein Telegramm des Korrespondenten des „New York Herald“ in Coblenz, wonach die Oberkommission zu dem Beschluß gekommen sei, daß in der deutschen Zolleinnahme nichts ohne die Mitarbeit oder wenigstens das Einverständnis der amerikanischen Truppen unterlassen werden könne. General Allen, der amerikanische Befehlshaber, habe keine Instruktion über diese Angelegenheit aus Washington erhalten. Man erwarte, daß die Alliierten mit der amerikanischen Regierung verhandeln werden, aber inzwischen herrsche Verwirrung.

Arbeiterfeindliche Entente politik

Paris, 9. März.

Eine internationale gewerkschaftliche Abordnung, bestehend aus dem Deutschen Wissell, dem Franzosen Jouhaux, dem Holländer Timmen und dem Engländer Goultan sollte eine Enquete in Oberschlesien veranstalten. Die internationalisierte Kommission in Oberschlesien hat den Gewerkschaftsführern die Pässe verweigert.

Amerikanischer Eisenbahnerstreik

Massenentlassungen

Urb. Tel. New York, 10. März.

Die Pennsylvania und die New-York-Central-Eisenbahnen sind mit äußerst durchgreifenden Lohnherabsetzungen bedroht, die sich in einer Höhe von zehn bis zu dreißig Prozent bewegen. Außerdem sind auf der Pennsylvania-Eisenbahn umfangreiche Entlassungen erfolgt, von denen bis zu 70 000 Angestellte und Arbeiter betroffen werden. Als Grund wird allgemein angegeben, daß überall unbedingt die größte Sparmaßnahme eingeleitet werden müsse, und deshalb befürchtet man, daß auch die übrigen Linien in aller nächster Zeit in gleicher Weise vorgehen werden. Unter den Eisenbahngesellschaften herrscht eine ungeheure Aufregung. Die Eisenbahner der Vereinigten Staaten beabsichtigen nunmehr, mit den Eisenbahngesellschaften von Kanada gemeinsam vorzugehen. Man will eine allgemeine Eisenbahnerkonferenz einberufen, die darüber Beschluß fassen soll, ob solchen Maßregeln nicht durch gemeinsame Niederlegung der Arbeit zu begegnen wäre.

Nicht zu die anfragen! Die „Rote Fahne“ berichtet, daß an der gestrigen Demonstration der Kommunistischen Partei 80 000 Mann teilgenommen hätten. Wir verstehen es, daß das Blatt im Parteinteresse ein wenig übertreiben muß, aber dieser Schwundel wird wohl kaum von den eigenen Genossen ernst genommen werden. Der Mitarbeiter der „Roten Fahne“ war offenbar mit sehr starken Vergrößerungsgläsern ausgestattet.

Die französischen Kommunistenprozesse. In dem Prozeß gegen die wegen Vergehens gegen die Staatsicherheit Angeklagten wurden gestern Henry Cuznet, Sekretär der Liga für Menschenrechte, sowie Robert de Journal und Victor Delbès verurteilt, die für die Angeklagten günstige Erklärungen abgaben. — Im Prozeß gegen den russischen Kommunisten Jalewski erklärte ein polnischer Zeuge namens Rudinski, er habe in Moskau auf Veranlassung Jalewskis Körperliche Verhandlungen erlitten. Jalewski bestritt die Richtigkeit dieser Aussage.

Die Orientfragen. Die Londoner Beratungen über die türkische und griechische Frage werden fortgesetzt. Ein endgültiges Ergebnis liegt noch nicht vor.

Nikolai Smilic als Präsident des internationalen Bergarbeiterverbandes. Smilic hat gestern seinen Abschied als Präsident des internationalen Bergarbeiterverbandes eingeleitet.

Ihre Arbeit unentgeltlich oder doch nur gegen Ersatz des gemachten Aufwandes leisten. Eine Idee, die für die Schaffung eines echten und wahren Gemeinwohltheaters jedenfalls nicht ohne Bedeutung ist, wenn auch ihrer allgemeinen Durchführung manche Bedenken entgegenstehen mögen!

Was wiegt eine Biene? In der Landwirtschaftlichen Schule zu Ruzsch wurden genaue Bienevolumenmessungen vorgenommen und folgende Gewichte festgestellt: Eine befruchtete Königin wog 0,814 Gramm, eine eben der Zelle entlassene Königin wog 0,207 Gramm, eine Drohne im Durchschnitt 0,233 Gramm, eine Arbeitsbiene mit leerem Honigmagaz. 0,124 Gramm. Auf ein Kilogramm gehen demnach 8005 Arbeitsbienen oder 4292 Drohnen.

Tages-Notizen

Veranstaltungen der U. S. P. 2. Siebendner Bezirk. Sonntag Kammermusikabend in der Schulaula Venstr. 18, 7 Uhr, unter Leitung von R. Kähler. Eintritt 2 M. Karten an der Abendkasse und bei Frau, Altrichter Str. 21. Die anliegenden Bezirke sind eingeladen.

Veranstaltungen der U. S. P. 2. Siebendner Bezirk. Sonntag Kammermusikabend in der Schulaula Venstr. 18, 7 Uhr, unter Leitung von R. Kähler. Eintritt 2 M. Karten an der Abendkasse und bei Frau, Altrichter Str. 21. Die anliegenden Bezirke sind eingeladen.

Großes Schauspielhaus. Die Abonnementausgabe für die Spielzeit 1921-1922 beginnt Freitag, den 11. März. Den bisherigen Abonnenten ist Gelegenheit geboten, ihr altes Abonnement von Freitag, den 11. März, bis einschließlich Donnerstag, den 24. März, an der Abonnementkasse des Großen Schauspielhauses zu erneuern. — Vorbestellungen auf Abonnements werden von Freitag, den 11. März, ab an der Abonnementkasse des Großen Schauspielhauses und an der Theaterkasse Wertheim entgegengenommen. — Jedes Abonnement erstreckt sich auf sechs verschiedene Stücke. Jede Abonnementkarte wird auf einen bestimmten Tag lauten, so daß jeder Abonnent schon bei Erwerb eines Abonnementes über das Datum einer jeden der sechs Vorstellungen genau unterrichtet ist. Für die Spielzeit 1921-1922 sind folgende Stücke in Aussicht genommen: Schauspiel: Adelskammer. Gedichte: Die Verlobten. Schauspiel: Die Sperberkinder. Singspiel: Die Verlobten. Schauspiel: Die Sperberkinder. Singspiel: Die Verlobten. Schauspiel: Die Sperberkinder. Singspiel: Die Verlobten.

Freiwillige Gemains. Sonntag vorm. 10 1/2 Uhr im Stadthaus, Klosterstraße 50, Jugendliche. Leitung von Dr. F. A. H. — Harmonium und Violine. Willkommen. — Gütlich willkommen.

Volkshöhle-Kongress. Das letzte Sonntag-Mittag-Konzert im Schiller-Theater, Charlottenburg, am 13. März, 12 Uhr, bringt Werke von Beethoven, Edwin Fischer und Nicol. Dessau. Leitung von Franz Schreier. Joseph Mann von der Staatsoper singt „An die ferne Geliebte“. Den Schluß bildet das Streich-Quartett in D-Dur op. 69. Eintritt, 2 M.

Groß-Berlin

An unsere Leser!

Der Verlag „Freiheit“ (Redaktion, Expedition usw.), das Zentralkomitee der U. S. P. D., sowie der Bezirksverband Berlin-Brandenburg sind von heute ab telephonisch nur noch unter

Zentrum 15230-39

zu erreichen.

Schluss der Beweisaufnahme im Sonnenfeld-Prozess

Im weiteren Verlauf der gestrigen Verhandlung im Prozeß Sonnenfeld und Genossen wurde als Zeuge der frühere Reichstagsabgeordnete Georg Davidsohn vernommen. Er bekundet: Anfang September 1919 lernte ich Hermann Sonnenfeld kennen in einer Besprechung. In dieser Besprechung waren auch einige andere Parteigenossen eingeladen, darunter der Geschäftsführer des „Vorwärts“, Reichstagsabgeordneter Richard Fischer. Von diesem hatte ich erfahren, daß er sich wehrte gegen das Eindringen fremdkapitalistischer Einflüsse der Herren Starz und Parvus in den „Vorwärts“ und daß er einen schweren Kampf gegen Ebert und Scheidemann geführt hatte. Ich wußte ferner, daß andere Parteigenossen über diese Vergewaltigung von Partei und Geschäft Beschwerde geführt hatten. Der Chefredakteur des „Vorwärts“, Stämpfer, hatte sich wiederholt zu Ebert und Scheidemann begeben und sie gebeten, von dieser Freundschaft mit Starz abzulassen, weil die Vergewaltigung für die Partei zu Unzulänglichkeiten führen könnte. Ich hatte das Bestreben, daß die Partei eine Selbstreinigung in sich vornehmen, und daß diese Sache nicht von anderen Parteien angegriffen werde. Daher erschien es mir nötig, die Sache vor einer größeren Korona von Parteigenossen aus Deutschland zur Sprache zu bringen. Diese Sitzung fand im „Reichshaus“ statt, und Sonnenfeld sollte dabei einen Vortrag halten. Er war aber inzwischen verhaftet worden, und deshalb hatte ich das Referat übernommen. Ich sagte dabei in großen Zügen, was in den Dokumenten stand, über das Wesen der Marxenderei und hob hervor, daß

ohne ordnungsmäßige Rechnungen große Summen angewiesen wurden. — Vorl.: Die Beschlüsse waren aber ganz harmlos? — Zeuge: Die Harmlosigkeit ging verloren, wenn die Verrechnung ergab, daß die Ausgaben Herrn Starz erhöht wurden, die Einnahmen aber nicht ordnungsmäßig verrechnet worden sind, so daß eine Bereicherung des Herrn Starz stattfand.

In dieser größeren Sitzung, in der ich den Bericht zu halten hatte, entstand ziemlich starke Erregung, als Stämpfer sagte, er sei Scheidemann so freundschaftlich verbunden, daß er keinen Augenblick zögern dürfe, diesem zu unterbreiten, was hier vorliege. Es wurde beschlossen, schon in den nächsten Tagen eine Sitzung im Reichstag einzuberufen und den Herren die Dokumente vorzulegen, die Bauer, Koste, Scheidemann, Weis u. a. betrafen. Von diesen Herren waren Scheidemann und Weis erschienen. Es wurden die einzelnen Vorgänge besprochen. — Vorl.: Und was ist nun da herausgekommen? — Zeuge: Ich habe mich bemüht, ruhig zu referieren, und begreife nicht, daß sich der Teilnehmer eine so große Erregung demühtigt, besonders des Herrn Scheidemann, der mit der Faust auf den Tisch schlug und sagte: Mit diesem Dreck muß man sich den Sonntag vormittag um die Ohren schlagen. — Hermann Sonnenfeld: In dieser Sitzung hat mich Scheidemann schon einen Expreßer genannt. — Zeuge Davidsohn: Jawohl. — Vorl.: Es hat dann der Untersuchungsanspruch am 13. Dezember einen Bericht festgestellt, den kennen Sie wohl? — Zeuge: Nein. — Vorl.: Der Untersuchungsanspruch (den die U. S. P. D. eingeleitet hatte, d. Red.) kommt zu dem Ergebnis, daß die maßlose Hege, die monatelang gegen Parteiführer getrieben wurde, keine Grundlage für den Verleumdungsbericht. — Zeuge: Ich hatte den Ausschluß nicht für besagt, ein Gutachten abzugeben. Es war kein Ausschluß, sondern nur ein Rump. Als ich vernommen wurde, lag ein Herr auf dem Kanapee und schief, andere waren nicht zugegen. Ich vermute, daß es bei den anderen Vernehmungen ebenso zugegangen ist. Am 1. Januar hat mir der Vorsitzende des Ausschusses, Sollmann, im Gewerkschaftshaus gesagt, es habe sich allmählich herausgestellt, daß ich recht gehabt habe, nur hätte ich es nicht in so krasser Form vordringen sollen. — Zeuge Starz: Ich bin auch vom Ausschluß vernommen worden, die Herren sahen um den Tisch herum und haben sehr intensiv gestagt, es ging alles sehr korrekt zu.

Zeuge Davidsohn: Herrn Starz möchte ich erwidern, daß ich ein besseres Urteil abgeben kann. Ich verlange von einem Schiedsgericht der Partei, daß es mit Würde handelt. Auf mich hat es aber einen unglaublichen Eindruck gemacht. Was mir Sollmann gesagt hat, ist mir möglicherweise als das, was Herr Starz sagt. — Vorl.: Herr Starz hat doch ermöglicht, daß die Gegenrevolution niedergeschlagen und der Bolschewismus ausgeschaltet wurde. — Zeuge: Das behauptet Herr Starz, aber man hatte ihn nicht nötig.

Die Geldgeber waren andere Leute,

die sahen an anderen Stellen. Ich kenne einen Herrn, der inzwischen gestorben ist, der richtige Summen zur Verfügung stellen wollte. Mit ihm bin ich zum Volksbeauftragten Landberg gegangen.

Nach einer längeren Pause erklärt der Vorsitzende, der Generalstaatsanwalt habe die Genehmigung erteilt, daß Staatsanwalt Gutzjahr über die von der Verteidigung gestellten Fragen vernommen werde. Nun werden noch die Journalisten Martin und Kurt Schwachze und die Sachverständigen vernommen werden. Damit wäre die Beweisaufnahme beendet und am Montag werden voraussichtlich die Plaidoyers beginnen.

Eine „Morgenpost“-Ente

Die „Morgenpost“ hat wieder einmal das Gras wachsen hören. Sie meldet, daß der Betriebsrat von Osthafen gegen den Stadtrat Schünning den Ausschluß aus unserer Partei gestellt hätte. Die „Morgenpost“ sei hiermit darüber befehrt, daß einen Antrag auf Ausschluß aus der U. S. P. D. nur Mitglieder der U. S. P. D. stellen können; der Osthafen-Betriebsrat gehört aber der Kommunistischen Partei an, kann also einen solchen Antrag nicht stellen.

Wenn also die Nachricht auch nicht stimmt, bürgerliche Sensationsblätter, wie die „Morgenpost“, brauchen ja so etwas!

Die ersten Tage des Umsteigeverkehrs. Der seit dem Montag dieser Woche eingeführte Umsteigefahrplan in der Berliner Straßenbahn, der für 1,50 M. zur Benutzung von zwei Streckenbahnhöfen in fortlaufender Richtung innerhalb zweier Stunden berechtigt, scheint trotz aller öffentlichen Ankündigungen, besonders in der Presse, in der Bevölkerung noch nicht genügend bekannt zu sein. Jedenfalls ist die Tatsache zu verzeichnen, daß auf verschiedenen Streckenbahnhöfen der Umstieg an Umsteigefahrplänen in den ersten Tagen nur sehr gering ist. In den meisten Fällen verkauft ein Schaffner nämlich nur etwa 6 bis 10 Fahrpläne, in vielen Fällen sogar erheblich weniger. Selbst auf solchen Linien, die aus Kororien kommen, deren Streckenbahnverbindungen zumeist nur nach einer Stadtrichtung führen, wie z. B. Tempelhof und Mariendamm, hält sich die Benutzung des Umsteigeverkehrs in sehr beschränkten Grenzen. Es ist natürlich!

